

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/210

Bonn, den 2. November 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
	Geliebte Demokratie	42
	Die Anträge des SPD-Vorstandes zum Parteitag in Karlsruhe	
2	In der Schlußlinie	39
	Zur Kritik Adenauers an der Bundesregierung	
3 - 4	Alter ohne Kot	88
	Altenwohnungen in Siedlungen ohne Betreuung bilden ein Problem	
	Von Klaus Rusticus, Hannover	
5	Dr. Rudolf Breitscheid - ein großer Europäer	49
	Im Gedenken an eine große Leistung und an einen tragischen Tod	

+ + +

Anhang: Unsere Abonnenten finden in der Anlage des heutigen SED-Pressedienstes eine Darstellung unserer Volkswirtschafts-Ausgabe von den Aspekten der 15-prozentigen Zollerhöhung für Lieferungen nach Großbritannien.

Sind die Erben schuldig?

+ + +

Gelebte Demokratie

Die Anträge des SPD-Vorstandes zum Parteitag in Karlsruhe

sp - Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am vergangenen Wochenende eine Reihe von Anträgen zu dem Ende November in Karlsruhe stattfindenden Parteitag verabschiedet und heute der Öffentlichkeit übergeben. Damit erfüllt der Parteivorstand gegenüber der Gesamtpartei seine Verpflichtung zur Führung; das heißt, er stellt seine Ansichten zu den großen innen- und außenpolitischen Problemen der deutschen und internationalen Politik den Delegierten des Karlsruher Parteitages zur Diskussion. In dem Umfang, wie die Delegierten die Anträge des Vorstandes beurteilen - ob sie ihnen zustimmen oder sie ablehnen - ist die politische Führungsautorität des obersten Gremiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu messen.

Keine andere politische Partei in Deutschland hat jemals diese Methode der öffentlichen Diskussion mit allen sich aus ihr ergebenden Konsequenzen angewandt. Hier manifestiert sich gelebte Demokratie, gleichzeitig aber auch der Appell an die Delegierten der 660 000 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, das ihnen übertragene Mandat in eigener Verantwortung zu nutzen.

Es scheint uns recht und billig, auch noch auf eine andere, für das Wesen der deutschen Sozialdemokratie charakteristische Eigenart bei Anwendung der hier geschilderten Methode der Vorbereitung eines Parteitages hinzuweisen. Die Anträge des Parteivorstandes werden nicht nur im VORWÄRTS veröffentlicht; auch auf dem Wege über die Presse werden sie der gesamten deutschen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Damit stellt der Parteivorstand diese Anträge nicht nur in das Kreuzfeuer der Kritik der ordentlich gewählten Delegierten, sondern auch in das der deutschen und internationalen Öffentlichkeit.

Hier zeigt sich das Bild einer von großem Verantwortungsbewusstsein für das g a n z e Volk getragenen Partei. Schon in der Methode der Vorbereitung ihres Parteitages erfüllt die SPD den a l - l e i n Parteien durch das Grundgesetz gegebenen Auftrag; sie trägt zur politischen Willensbildung unseres Volkes bei und rechtfertigt damit ihren Anspruch, eine der tragenden Säulen unseres demokratischen Staates zu sein.

Gerade in der gegenwärtigen Situation, da die Parteien der Regierungskoalition das Bild hoffnungsloser Streitereien untereinander bieten, da sich herausstellt, daß die vermeintlichen Führungskräfte in der Bundesrepublik das in sie von den Wählern gesetzte Vertrauen durch Richtungslosigkeit, Verbreitung von Halbwahrheiten und Personenkämpfe in ihren Führungsgremien enttäuschen, ist es gut, zu wissen, daß die deutsche Sozialdemokratie unbeirrt und ihrer selbst sicher politische Leitbilder und Grundsätze verkündet, deren Bedeutung weit über die Aktualität des Tagesgeschehens hinausgreift.

In der Schußlinie

Zur Kritik Adenauers an der Bundesregierung

sp - Das Prädikat eines weisen, zurückhaltenden älteren Staatsmannes, der mit Wohlgefallen das Wirken seines Nachfolgers verfolgt, ihm mit väterlichem Rat zur Seite steht, kann für den CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer wohl kaum mehr gelten. Der 89-jährige Altbundeskanzler steht wieder in voller Statur auf der Bühne des Tagesgeschehens. Erhard und Schröder befinden sich in seiner Schußlinie.

Der Bundeskanzler muß sich von seinem Vorgänger sagen lassen, die von ihm geführte Regierung habe weder eine klare Politik, noch eine klare Führung - ein Vorwurf, den bisher nur die Opposition erhob, der nun aber vom CDU-Vorsitzenden erhärtet wird. Erhard, vor allem aber sein Außenminister Schröder, sind in der Sicht Konrad Adenauers die Hauptverantwortlichen für den alarmierenden Tiefstand der Beziehungen zwischen Bonn und Paris. Was immer der französische Staatschef de Gaulle an Extratouren unternehmen mag - für den CDU-Vorsitzenden ist das eine unvermeidliche Reaktion auf das mangelnde Verständnis der gegenwärtigen Regierung. -

Heute ernten der Bundeskanzler und sein Außenminister die bitteren Früchte eigener Zurückhaltung. Nach dem Jubiläumssuch de Gaulles in Bonn wurde klar, wie groß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Erhard und de Gaulle in Fragen der Europa- und NATO-Politik sind - aber nur bruchstückweise erfuhr die deutsche Öffentlichkeit davon; auf Umwegen über Paris, nicht direkt aus dem Palais Schaumburg. Die Regierung vertuschte oder beschönigte, sie verschloß ihre Augen vor dem, was nicht sein darf und nicht sein kann. Sie interpretierte die Politik de Gaulles in einen für sie günstigen Sinne oder wenn das nicht mehr ging, übte sie sich im Schweigen. Auf dem Gebiet der Europa-Politik trat sie auf der Stelle. Es fehlte zwar nicht an bombastischen Ankündigungen eigener Initiativen, doch dahinter verbargen sich Ratlosigkeit und Schwäche. Dem französischen Staatschef konnte dies nicht verborgen bleiben. Hatte er Grund zu hoffen, den deutschen Gaullisten werde es vielleicht doch gelingen, einen schwankenden Erhard auf ihre Seite zu ziehen? Wenn er dies erhoffte, unterlag er einer grausamen Selbsttäuschung.

Adenauers Vorstoß zielt in ein Vakuum, das die Regierung Erhard selbst geschaffen hat. Welch ein Schauspiel: der CDU-Vorsitzende nimmt eine CDU-geführte Bundesregierung unter Beschuß und drängt auf einen Ministersturz, soweit es die Person Schröders betrifft. In Bonn wird nicht mehr regiert, das Regierungslager verzettelt seine Kräfte in einem nunmehr offen zum Ausbruch gekommenen Hader.

Alter ohne Not

Altenwohnungen in Siedlungen ohne Betreuung bilden ein Problem

Von Klaus Rusticus, Hannover

Die Lebenserwartungen der Menschen sind gestiegen. Wir können zwanzig Jahre älter werden als viele unserer Vorfahren. Je mehr sich aber die Lebenserwartungen verlängern, desto mehr wird die Betreuung des alternden Menschen ein akutes soziales Problem. Wer betreut heute die Älteren? Wie sollen sie menschlich warme Betreuung erfahren? Was tun Bundes- und Landesregierungen, um das "Altwerden" nicht zur Furcht, ja, zur Gefahr werden zu lassen?

In Bonn wurde der "I-Punkt" vergessen

Das Altersheim alter Prägung wird heute nicht mehr gebaut. Es stand in der Regel abseits von der Wohnsiedlung. Es war mithin "gestempelt".

Heute entstehen Alterswohnheime meistens innerhalb normaler Wohnviertel und Wohnblöcke. Wohlfahrtsverbände sind vielfach die Bauherren. Staatliche und kommunale Zuschüsse, bzw. Darlehen, werden gewährt. Das Subsidiaritätsprinzip befreit zwar staatliche und kommunale Instanzen von der weiteren Unterhaltung, doch keinesfalls von der sozialen Verpflichtung, caritativen Organisationen dabei finanziell zu helfen.

Die dritte Möglichkeit ist der Bau von Altenwohnungen innerhalb eines Wohnblocks. Dadurch wird älteren Menschen, die nicht den Lebensabend in einem Heim verbringen wollen, weiterhin Gelegenheit gegeben, unabhängig zu bleiben, solange sie gesund sind. Nur wird ihnen dadurch nicht die Furcht vor dem "Krankwerden" im Alter genommen.

Die Bundesregierung befürwortet den Bau von Altenwohnungen in normalen Wohnblöcken, aber ihr Programm ist unvollständig. Die Betreuung älterer Menschen in solchen Wohnungen wird nicht zur Auflage gemacht. Die Furcht vor dem Altwerden wird nicht genommen!

Niedersachsen beschreitet neue Wege

Es wäre ein schöbige Spiel mit dem alternden Menschen, wollte man das Plädoyer für ihn parteipolitisch ummünzen. Indessen ist in den letzten Jahren zuviel vom "Alter ohne Not" gesprochen worden, daß man sich turlichst bemühen muß, nach Samaritern im Kampf für diese These zu suchen.

Der Niedersächsische Sozialminister fordert schon seit langem den Bau von Altenwohnungen in Wohnsiedlungen. Er knüpft daran - in Zukunft noch forciertes - die Bedingung, daß die Betreuung und Pflege älterer Menschen im Krankheitsfalle gewährleistet ist.

Persönliche Hilfsbereitschaft reicht nicht aus

In Niedersachsen sind heute über 700 000 Menschen über 65 Jahre alt. Zwischen 1975 und 1980 können es 800 000 sein. Diese Zahlen allein deuten auf die ganze Problematik hin.

In Bonn wurde gelegentlich gesagt, die Familie entzöge sich heute vielfach ohne triftigen Grund der Verpflichtung gegenüber der Großmutter oder dem Großvater. Darin mag zwar ein Körnchen Wahrheit stecken, doch das Problem löst sich damit nicht von selbst.

In vielen Familien mangelt es auch gar nicht an persönlicher Hilfsbereitschaft, aber angesichts oft unzureichender Wohnverhältnisse und - besonders von der jungen Generation her gesehen - soziologischer Veränderungen reicht diese Hilfsbereitschaft oft gar nicht aus!

Wenn ältere Menschen pflegebedürftig werden...

Die Furcht vor dem Altwerden erfüllt heute nicht nur ältere Menschen, sondern auch Jüngere. Der Pflegebereitschaft will sich der Jüngere in der Regel nicht entziehen. Unzureichende oder überhaupt keine Kenntnisse in der Krankenpflege können dem älteren Menschen das Krankenlager zur noch größeren Fein werden lassen. Solange noch Aussicht auf Wiedergesundung besteht, lassen sich auch noch so beengte Wohnverhältnisse ertragen. Wehe aber, wenn der ältere Mensch "siech" und für immer ans Bett gefesselt wird!

Krankenhäuser verweigern dann oft die Aufnahme mit der Begründung, es handele sich um einen Pflegefall. Die Aufnahmeverweigerung ist rechtlich motiviert. Der "Sieche" wird dann den Angehörigen förmlich "aufgezwungen", auch dann z.B., wenn er in einer Altemwohnung innerhalb einer Wohnsiedlung lebt.

Niedersachsens Sozialminister will aus diesem Grunde in Krankenhäusern "Stationen für Langlieger" einrichten lassen. Nach seinen Berechnungen liegen die Kosten für ein solches Krankenbett weit unter den 130 000 DM, die für ein Klinikbett erforderlich sind. Auch die Unterhaltungskosten liegen etwa 50 Prozent unter den Kosten eines üblichen Krankenhausbettes der Klinikklasse.

Eine weitere Möglichkeit der Hilfe

Sozialminister Partzsch in Niedersachsen kennt auch die Problematik des Pflegepersonals. Eine Schwester in einem Altersheim mit ausgesprochener Siechenabteilung wird niemals von einem solchen Einsatz befreit. Wenn es aber gelänge, auch "Pflegefälle" aus Altersheimen in Krankenhausabteilungen für "Langlieger" zu verlegen, hofft er gleichzeitig, dem Nachwuchsproblem für die normale Heimbetreuung begegnen zu können. Der Einsatz der Schwestern in Krankenhäusern könnte umschichtig erfolgen - eine bestimmte Zeit für "Langlieger", dann wieder eine Zeit für normale Patienten.

Sozialpolitik auf dem Gebiet der Alterbetreuung heißt, die Wirklichkeit nüchtern betrachten. Gefühlsduselei, programmatische Erklärungen ohne den besagten I-Punkt, ohne Sozialtechnik machen den Kampf gegen die soziale Not im Alter zur Farce. Appelle an Familien oder an caritative Verbände ersetzen nicht die Verpflichtung des Staates dem alternden Menschen gegenüber, dem letztlich die Furcht genommen werden muß, eines Tages nicht mehr sein Leben "weiterleben" zu dürfen, weil er pflegebedürftig oder siech werden könnte. Diese ganze Misere erfüllt aber heute vielfach die ältere Generation wie ein schleimendes Gift, das ihr die freie Willensentscheidung nehmen kann. Wenn sie sich nicht mehr helfen können, müssen alte Menschen ins Heim oder dorthin, wo man sich ihrer gnädig annimmt. Die freie Willensentscheidung des älteren Menschen wird zum Makel für einen modernen Sozialstaat.

Wir müssen solche Makel beseitigen!

Dr. Rudolf Breitscheid - ein großer Europäer

Im Gedenken an eine große Leistung und an einen tragischen Tod

G.M. - Eine der markantesten politischen Persönlichkeiten der Weimarer Republik war der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Rudolf Breitscheid. Noch vor Gustav Stresemann nannte man ihn den "großen Europäer", weil er es war, der, gestützt auf die außenpolitische Konzeption der Sozialdemokratie, die friedliche Überwindung des Vertrages von Versailles und, als Ziel der deutschen Außenpolitik, ein vereintes Europa forderte.

Am 2. November 1874 in Köln als Sohn protestantischer Eltern geboren, schloß er sich schon als junger Student der Staatswissenschaften der Liberalen Freisinnigen Vereinigung an, in deren Reihen er später mit Friedrich Naumann, Hellö von Gerlach und Theodor Barth versuchte, das Bürgertum davon zu überzeugen, daß enger Nationalismus und eine Bremsfunktion gegen den sozialen Fortschritt, Deutschland in einer sich wandelnden Welt im Industriezeitalter hoffnungslos isolieren würde. Als Rudolf Breitscheid erkannte, daß die damaligen Liberalen diese Aufgabe nicht übernehmen wollten oder konnten, schloß er sich 1912 der Sozialdemokratie an. Hier wurde er nach 1918 zu einem der großen Wegbereiter für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Breitscheids außenpolitische Reden im Reichstag, die er oft zur Unterstützung der Politik von Gustav Stresemann hielt, sind heute noch im wahrsten Sinne des Wortes Zeugnisse modernen Europäertums.

Kein Wunder, daß die Nationalsozialisten ihn haßten. Sofort nach der Machtübernahme durch Hitler wurde eine hohe "Kopfprämie" auf die Ergreifung Breitscheids ausgesetzt. Mit Mühe konnte er sich der Verhaftung durch die Flucht zunächst nach Prag und später nach Paris entziehen. Hier arbeitete er eng mit dem großen französischen Sozialisten Léon Blum zusammen, immer bestrebt, auch als Verfolgter der würdige Anwalt eines besseren Deutschland zu sein. Kurz nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Frankreich wurde Breitscheid, zusammen mit seinem Freund, Dr. Rudolf Hilferding, unweit von Marseille von französischer Polizei verhaftet und an die Gestapo in Vichy ausgeliefert. Hilferding kam im Pariser Gefängnis "Sante" um; ob er sich das Leben nahm oder ermordet wurde, konnte nie mit Sicherheit festgestellt werden.

Breitscheid und seine Frau wurden in das KZ Buchenwald gebracht. Nach einem Bombardement ist Rudolf Breitscheid am 28. August 1944 gestorben. Über die Todesursachen gibt es widersprüchliche Aussagen. Eine Version besagt, Breitscheid sei schwer verwundet und - entsprechend dem berüchtigten "Panikbefehl" Himmlers - von SS-Männern erschossen worden; eine andere, er sei den während des Bombardements erlittenen Verletzungen erlegen.

Die Erinnerung an Rudolf Breitscheid, der heute 90 Jahre alt geworden wäre, wird immer wieder wach, wenn über das deutsch-französische Verhältnis und über eine in die Zukunft weisende Europa-Politik gesprochen wird. Vieles hätte dieser Mann noch nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes seinem Volk und Europa geben können. So bleibt uns das ehrende Gedenken an die in der ganzen Welt schon zu seinen Lebzeiten gewürdigte Leistung eines guten Deutschen und großen Europäers.

Sind die Erben schuldig?

rd. - Die erste Amtshandlung der Labour-Regierung, die Zollerhöhung auf gewerbliche Einfuhren um 5 % - Nahrungsmittel und Rohstoffe sind ausgeschlossen - hat ein weltweites ärgerliches Echo ausgelöst. Auch die deutsche Wirtschaft gebärdet sich, als sei sie bis ins Mark getroffen, insbesondere weil englische Ausfuhrwaren durch Steuerrückvergütungen begünstigt werden.

Am allerwenigsten hätten die Länder der EWG Veranlassung, sich über die Begünstigung der britischen Ausfuhr durch Steuerrückvergütungen aufzuregen. Die Rückvergütung der Umsatzsteuer ist die in allen EWG-Ländern übliche Art der Exportsubventionierung. In Frankreich und im Bundesgebiet z.B. zahlt der Staat den Exporteuren von Stahl und Stahlerzeugnissen die im Lande erhobene Umsatzsteuer zurück - zur Verbilligung der Exporte - und erhebt auf Stahleinfuhren aus anderen Ländern eine "Umsatzausgleichsteuer". Damit soll der eingeführte Stahl auf oder über die Höhe des Binnenpreisniveaus, einschließlich Umsatzsteuer, angehoben werden. Warum nun Aufregung, wenn England sich zum Schutze seiner Erzeugung und vor allem seiner Handelsbilanz - wahrscheinlich nur vorübergehend - der gleichen Methode bedient?

Die deutschen Klagen über diese Maßnahmen der Labour-Regierung, die eine falsche Wirtschaftspolitik der abgelösten Konservativen zu korrigieren haben, wozu diese selbst sich vor den Wahlen nicht mehr stark genug fühlten, stehen im umgekehrten Verhältnis zum Volumen unserer Ausfuhr nach England. Diese Ausfuhr waren 1963, und auch in den abgelaufenen Monaten dieses Jahres, geringer als unsere Ausfuhr in die Schweiz und hatten nur den halben Umfang unserer Ausfuhr nach Holland. Rechnet man die nicht betroffenen Rohstoffausfuhr von der Gesamtausfuhr nach England ab, so verbleiben rund 1,5 Mrd. DM in den Jahren 1963 und 1964, etwa 2,5 % unserer Gesamtausfuhr, die von den gegenwärtigen Zollmaßnahmen der Labour-Regierung betroffen sind. Damit soll die Bedeutung unserer Maschinenausfuhr nach England, die 1963 rund 650 Mio. DM erreichte, sowie weitere 500 Mio. DM Fahrzeuge, elektrotechnische, feinmechanische, optische und chemische Erzeugnisse, keineswegs unterschätzt werden. Aber auch die konservative Regierung erwog bereits eine Abwertung des Pfundes um 25 v.H. Das wäre härter, sowohl für die Handelspartner mit Großbritannien als auch für die mit den englischen Erzeugnissen konkurrierende Industrie geworden.

Aus der besonders im Bundesgebiet überbetont scheinenden Klage über die Labour-Maßnahmen ergeben sich zwei Fragen. Hätte man auch einer konservativen Regierung nach einem Wahlsieg die Maßnahmen zur Sanierung des englischen Handels so übel genommen, wie jetzt Labour? Und wieso sind a) die Exportsubventionen der EWG-Länder, auch der Bundesrepublik, wie Umsatzsteuerrückvergütungen und Exportprämien, sowie b) die Umsatzausgleichsteuern, also Gleitzölle zusätzlich zum Aussenzoll, etwas anderes und den Handel weniger behindernd als die gleichgerichteten Maßnahmen Labours?